



Lasst die Schule im Dorf!

...

Die neue Werkrealschule stößt beim Landeselternbeirat und bei vielen Pädagogen vor allem in Grund- und Hauptschulen auf große Ablehnung. Ebenso wie auch der baden-württembergische Handwerkertag fordern sie stattdessen eine Basisschule, in der alle Kinder bis zur neunten Klasse gemeinsam lernen (www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de)

Grundsätzlich lässt sich die Krise des gegliederten Schulsystems nicht durch eine weitere Schulart bzw. durch einen weiteren Aufwertungsversuch der Hauptschule lösen. Deren Akzeptanzprobleme wird eine neue Werkrealschule nicht beseitigen! Die Abstimmung mit den Füßen geht weiter. Kleine Schulstandorte bluten weiter aus. Den Schülerinnen und Schülern wird ein ständiger Schulwechsel zugemutet. Die Gleichwertigkeit mit der Realschule existiert nicht einmal auf dem Papier.

Die Werkrealschule ist ein gigantisches Flurbereinigungsverfahren von Schulstandorten. Die Zahl der SchülerInnen in Baden-Württemberg sinkt rapide. Vor allem Hauptschulen sind von der Schließung bedroht. Durch Einführung der „Neue Mittelschule“ wurden in den letzten zehn Jahren in Bayern ca. 700 wohnortnahe Hauptschulen geschlossen. Dies steht uns jetzt auch in Baden-Württemberg bevor. Den schwarzen Peter, die Auflösung der Hauptschulen zu beantragen, schiebt das Kultusministerium elegant den Kommunen zu. Doch wenn Schulen weichen müssen, dann gehen auch die Familien – mit allen negativen Folgen für das Leben vor Ort. Die Einführung einer Basisschule wäre daher auch gut für die kommunale Entwicklung.

Die Werkrealschule ist eine Mogelpackung und hilft den betroffenen Kindern nicht. Wenn ab der 8. Klasse von zwei oder mehr Schulen ein gemeinsamer Standort gewählt werden muss, führt das dazu, dass die Schüler keine stabilen und verlässlichen sozialen und schulischen Verhältnisse in der Sekundarstufe mehr haben. Zunehmende Schülerverkehre, neue räumliche Umgebung, neue Klassen, neue Lehrer und Mitschüler (Rangordnungskämpfe) gefährden die gedeihliche schulische und soziale Entwicklung der Schüler ausgerechnet in der problematischen Zeit ihrer Pubertät.

Die Verzahnung der Werkrealschule und der Berufsfachschule (zwei Tage berufliche Schule und drei Tage Werkrealschule) bedeutet für die Schüler eine Fragmentierung ihrer Lernzeit mit wechselnden Klassenzusammensetzungen und oft langen Entfernungen zu den Beruflichen Schulen. Die Basiskompetenzen Deutsch und Mathematik, die besonders als Vorbereitung auf die Mittlere Reife wichtig sind, kommen durch den hohen berufspraktischen Anteil des Unterrichts viel zu kurz. Für die Werkrealschule ist es kaum möglich, die Kooperation mit den Beruflichen Schulen ordnungsgemäß durchzuführen, da sie es mit bis zu drei Berufsschulpartnern pro Klasse zu tun hat. Dabei muss sie das tun, denn die Noten werden gemeinsam verantwortet.

Die Grundschulempfehlung bleibt dreigeteilt in Werkrealschule/Hauptschule; Realschule und Gymnasium mit verpflichtender Empfehlung für die Werkrealschule. Damit bleibt die hierarchische Gliederung des Bildungswesens in vollem Umfang erhalten. Eine Zunahme der Akzeptanz der neuen Werkrealschule wird es somit nicht geben. Auch die soziale Auslese im Bildungswesen bleibt unverändert bestehen.

Nach der 9. Klasse gibt es einen Numerus Clausus (NC): Nur wer mindestens einen Schnitt von 3,0 erreicht, darf in die 10. Klasse. Das soll dem „Schutz“ der Schüler vor Enttäuschungen dienen. In keiner anderen allgemein bildenden Schulart gibt es vor dem Ende des Bildungsgangs einen

NC. Diese Regelung ist ein Novum in der Bildungspolitik. Immerhin wurde durch massiven Druck erreicht, dass die Klassenlehrerkonferenz bei der individuellen Empfehlung in die 10. Klasse auf der Basis der Noten noch Spielräume eingeräumt bekommen hat.

Nur durch selbstständige Schulen in kommunaler Verantwortung, wird die einzelne Schule echte Freiräume bekommen, um über Schulprofil, Personalauswahl und Unterrichtsorganisation entscheiden zu können. Außerdem müssen die Schulen demokratischer werden – Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen sollen stärker mitbestimmen können.

Im Interesse unserer Kinder brauchen wir eine Bildungspolitik, die sich parteiübergreifend, ohne ideologische Gräben und fernab von Lobbyinteressen einzig an einer Sache orientiert - der Entwicklung einer Schule, die in das 21. Jahrhundert passt und die allen Kindern (möglichst wohnortnah) gleichermaßen gerechte Bildungschancen eröffnet und individuelle Schullaufbahnen ohne Brüche und Beschämung ermöglicht.

Max Burger
Kreisvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen
Kreisverband Rottweil
Neckartal 177, 78628 Rottweil